

## Novemberrevolution und Staatsfrage

Von DT. UWE-JENS HEUER,

beauftr. Dozent am Institut für Staats- und Rechtstheorie der Humboldt-Universität Berlin

Gewaltige Aufgaben stehen heute in der DDR und in ganz Deutschland vor uns. Diese Aufgaben können nicht bewältigt werden, ohne daß wir die Lehren der Geschichte immer wieder neu verarbeiten. Nur wer in der Gegenwart den historischen Fortschritt vertritt, der kann und muß es unternehmen, aus der Geschichte sich neue Kraft zu holen. Wenn heute rechte SPD-Führer wie Arndt auf dem Stuttgarter Parteitag in das Klagegedicht der offiziellen bürgerlichen Philosophie und Journalistik einstimmen und davon sprechen, sie hätten den Glauben an die Geschichte verloren<sup>1</sup>, so handelt es sich in Wirklichkeit nur darum, daß die Bourgeoisie den Glauben an die Zukunft verloren hat.

Um so wichtiger ist es für uns, diesen Bestrebungen, das Geschichtsbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse zu verschütten, die Erinnerung an die großen Schlachten und Siege der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung entgegenzuhalten, aus ihnen zu lernen, Kraft und Richtung für unseren gegenwärtigen Kampf zu gewinnen.

Die Novemberrevolution 1918 war die größte deutsche revolutionäre Massenbewegung nach dem Bauernkrieg. Zum erstenmal in der deutschen Geschichte ging es nicht um einzelne Verbesserungen in der Lage der Ausgebeuteten, um die Ersetzung einer Ausbeuterordnung durch eine andere, sondern um den Sturz der Macht aller Ausbeuter, um die Beseitigung des Abgrunds, der die Massen vom Staat trennte. Schwer war die Aufgabe, den alten Staat zu stürzen. Viel schwerer noch ist es, den neuen Staat zu errichten. Uns, die wir heute darum ringen, den Arbeiter- und Bauern-Staat immer besser und erfolgreicher zu entwickeln, die Massen immer stärker in seine Arbeit einzubeziehen, müssen der revolutionäre Schwung, die Begeisterung der Kämpfer der Jahreswende 1918/19 Vorbild, ihre mit blutigen Opfern bezahlten Illusionen Mahnung und Lehre sein<sup>2</sup>.

\*

Nach dem Scheitern der Frühjahrsoffensiven des Jahres 1918 wurde es offenbar, daß der Krieg für den deutschen Imperialismus verloren war. Die Monopolisten fürchteten die immer mehr anschwellende Volksbewegung gegen den Krieg, die unter dem Eindruck der großen Sozialistischen Oktoberrevolution bereits im Januar 1918 einen Höhepunkt mit dem Streik von über zwei Millionen Arbeitern in 39 Städten erreicht hatte. Um die entscheidenden Bastionen der ökonomischen und politischen Macht zu retten und einer Revolution zuvorzukommen, mußte der Krieg mit dem Westen „liquidiert“ und eine „Volks“regierung gebildet werden. Von der Angst vor der Arbeiterklasse gejagt,

forderten die Exponenten der Reaktion in der Obersten Heeresleitung, Hindenburg und Ludendorff, ultimativ Ende September 1918 Waffenstillstand und Parlamentarismus. Ausdrücklich erklärte Staatssekretär Hintze für den neuen Reichskanzler Prinz Max von Baden: „Die Revolution von oben dachte ich zunächst als ein Mittel, der Revolution von unten vorzubeugen.“<sup>3</sup> Bereits einen Monat später war Deutschland nach der geänderten Verfassung aus einer halbabsolutistischen Monarchie zu einer parlamentarischen geworden, hatte die vierte deutsche Waffenstillstandsnote Wilson erreicht.

Aber die Bewegung ließ sich nicht mehr aufhalten. Vergeblich erklärte sich die neue Regierung zur Volksregierung, vergeblich wiesen die SPD-Führer beschwörend auf das Recht des Reichstages hin, den Reichskanzler abzusetzen, vergeblich waren die SPD-Führer Bauer und Scheidemann in die Regierung eingetreten. Mit bürgerlich-parlamentarischen Almosen war der Wille der Massen, dem Krieg ein rasches Ende zu bereiten und die Schuldigen mit dem Kaiser an der Spitze zur Rechenschaft zu ziehen, nicht zu brechen. Die revolutionäre Krise war offenbar. Die ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche hatten sich auf das äußerste zugespitzt.

Die vollständige Lösung dieser Widersprüche war nur durch eine sozialistische Revolution möglich<sup>4</sup>. Deutschland war längst zu einem kapitalistischen Industrieland geworden. Die Großgrundbesitzer waren im wesentlichen zur kapitalistischen Ausbeutung übergegangen. Auch die letzte Frage der deutschen bürgerlich-demokratischen Revolution, die nationale Frage, war von oben her weitgehend gelöst. Seit den neunziger Jahren war der Kapitalismus in Deutschland in sein monopolistisches, letztes Stadium eingetreten. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse standen in unversöhnlichem Gegensatz zu den Produktivkräften der Gesellschaft. Die sozialökonomischen Voraussetzungen für die sozialistische Revolution waren herangereift<sup>5</sup>.

Unter diesen Gesichtspunkten ist auch die Bedeutung der noch bestehenden halbfeudalen Reste einzuschätzen. Das bereits im 19. Jahrhundert geschlossene Bündnis von Junkern und Schwerindustrie hatte sich mit dem Übergang zum Imperialismus immer enger gestaltet. Die Erhaltung der halbfeudalen Reste, der privilegierten Stellung des Junkertums auf ökonomischem und politischem Gebiet lag unmittelbar im Interesse des zur Reaktion strebenden Monopolkapitals, das sich nach innen und außen, auf Monarchie und Militarismus stützte. Die Zerschlagung dieses kapitalistischen, junkerlich-bürgerlichen Staates durch die proletarische Revolution stand auf der Tagesordnung der Geschichte.

Die sozialistische Revolution unterscheidet sich aber unter anderem dadurch grundlegend von früheren Revolutionen, daß bei ihr die konstruktive, schöpferische Seite von ungleich größerer Bedeutung ist. Deshalb bedarf sie in weit höherem Maße der Bewußtheit

<sup>3</sup> Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution, Berlin o. J. (1929?), S. 169.

<sup>4</sup> Walter Ulbricht, Über den Charakter der Novemberrevolution, a. a. O., S. 1177.

<sup>5</sup> vgl. Thesen des ZK der SED zur Novemberrevolution, a. a. O., These 22.

<sup>1</sup> Adolf Arndt, Der freie Mensch und die Gesellschaft, „Vorwärts“ (Bonn) vom 30. 5. 1958.

<sup>2</sup> Von grundlegender Bedeutung für die Einschätzung der Novemberrevolution sind die von der 2. Tagung des ZK der SED beschlossenen Thesen „Die Novemberrevolution 1918 in Deutschland“ (ND vom 5.10.1958). Vgl. ferner Walter Ulbricht, Über den Charakter der Novemberrevolution, Einheit 1958, Heft 8, S. 1173; Walter Nimtz, Über den Charakter der Novemberrevolution von 1918/1919 in Deutschland, Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 1958, Anhang zu Heft 3. — Zur Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte vgl. die seit 1956 in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft erschienenen Beiträge.